



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)



Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 138

Februar 179.

Wildbad, Freitag, den 18. Juni 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Wiederaufbau — nicht Parteipolitik.

Der Abg. der Deutschen Volkspartei Generaldirektor Dr. Bögl hat einem Mitarbeiter der „V. Z. am Mittag“ seine Auffassung über die gegenwärtige Regierungskrise dargelegt. Seine Ausführungen scheinen uns von so programmatischer Bedeutung zu sein, daß wir sie im nachstehenden wörtlich wiedergeben:

Die Vorschläge, die bisher für die Bildung des neuen Kabinetts gemacht worden sind, vertreten die abstumpfen Einflüsse der reinen Parteipolitik. Nicht darüber, daß wir in den nächsten Wochen die schwerwiegendsten Verhandlungen mit unseren Gegnern in Spa zu führen haben werden, Verhandlungen, von deren Ausgang alle Volksgenossen in gleicher Weise abhängig sind, nicht darüber, daß die Wirtschaftskrise, die zahlreiche Betriebe, Industriegruppen und deren Arbeiterschaft stillzuliegen droht, durch eine Steigerung und Verbilligung der Urproduktion überwunden werden muß, nicht darüber, daß die Defizitwirtschaft, bei den Eisenbahnen monatlich zwei bis vier Millionen Mark, so bald wie möglich durch eine Reorganisation unseres Verkehrs wesens beseitigt werden wird, nicht darüber, daß eine Vereinfachung der Verwaltung und schleunigste Auflösung der Kriegsgesellschaften schon aus Gründen der Sparlichkeit dringender durchzuführen werden müßte, nicht darüber, daß ein Aufbau der Zwangsökonomie eingeleitet werden muß, der die Produktionsfreudigkeit hebt und den kostspieligen Apparat der Verteilungsbürokratie auflöst, nicht darüber, daß die Notenpresse stillgelegt werden muß, wenn wir uns nicht jede finanzielle Gefährdung selbst unmöglich machen wollen, nicht darüber, daß das Steuersystem vereinfacht werden muß schon damit es überhaupt von der Steuerverwaltung durchgeführt werden kann, nicht darüber, daß zur gründlichen, vorurteilsfreien Behandlung dieser dringenden wirtschaftlichen Maßnahmen ein organisiertes Zusammenarbeiten aller werktätigen Berufskräfte nötig ist, nein, darüber hat man sich nicht den Kopf zerbrochen. Die schwierigen Überlegungen der Parteimathematiker gehen dahin, ob die Partei bei der jetzigen Konstellation günstig abschneidet. Ein peinlicher Anblick für jeden Wähler!

Dieser Verwirrung muß man entgegen treten. Vor der Sicherung unseres wirtschaftlichen Daseins müssen alle andern Zukunftsforderungen zurückgestellt werden. Dementsprechend ist die Forderung der Zeit nicht ein koalitiertes Parteiministerium, sondern ein Kabinett des Wiederaufbaus, dessen Mitarbeiter auch das Vertrauen der Wirtschaftsorganisationen haben. Der Reichspräsident hat die ihm von der Verfassung übertragene Aufgabe, einen neuen Mann mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Es handelt sich jetzt darum, daß bei der Auswahl dieses Mannes vorurteilsfrei verfahren wird. Seine Mitarbeiter müssen die sachliche Eignung zum Wiederaufbau, zur wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands, besitzen. Der verhängnisvolle Aufzug, daß die Parteien dem Ministerpräsidenten ihren Ministerkandidaten präsentieren, muß verschwinden. Gerade in der jetzigen Lage ist eine solche engstirnige Parteiherrschaft völlig unmöglich. Der Ministerpräsident muß seine Mitarbeiter selbst auswählen und in der heutigen Lage Wert darauf legen, Fachmänner um sich zu haben. Ein solches Ministerium wird eine Mehrheit im Parlament finden. Diese Mehrheiten können wechseln, obwohl bei den praktischen Vorschlägen für den Wiederaufbau ein sachlicher Zwang vorliegt, dem sich keine Partei ungestraft entziehen darf. Die Partei, die gegen das Wiederaufbau-Kabinett in kurzfristiger Opposition stände, triebe Obstruktion gegen die Gesundung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Ein solcher von einer festen Koalition freier Ministerpräsident wäre endlich wieder in der Lage, zu führen. Da können auch Oppositionsparteien in bestimmten Fällen mitarbeiten und zustimmen. Die Opposition wäre nicht mehr, wie bisher, in einen dauernden Gegenatz hineingezwungen, und: dem Volke wäre geholfen! Jedermann weiß, wie brauchen die Arbeiterschaft, wie brauchen die Landwirtschaft, wie brauchen die Intelligenz der Industrie, Handel, Gewerbe und Beamtenstand. Also macht ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern und Fachmännern, ein Ministerium des Wiederaufbaus! Das wird das Volk begehren und gutheißen.

Die neue Regierung?

Berlin, 17. Juni.

Die Berufung Mayers.

Die „Germania“ schreibt: Trimborn hat heute vormittag nochmals mit Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie verhandelt und dabei feststellen müssen, daß für eine Teilnahme dieser Partei an einer Regierung zurzeit keinerlei Aussicht vorhanden ist. Es bleibt also nichts weiter übrig, als das Augenmerk auf die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu richten. Trimborn hat in diesem Sinne dem Reichspräsidenten in erster Linie den Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, als Reichskanzler in Vorschlag gebracht, der jedoch, obwohl er allen Parteien genehm war, aus triftigen Gründen abgelehnt zu müssen. Darauf hat Trimborn in Übereinstimmung mit Fehrenbach und unter voller Billigung der Zentrumsfraktion, sowie des Parteivorstands, die heute eine gemeinsame Sitzung abhielten, den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren, benannt. Dieser Vorschlag fand die volle Billigung des Reichspräsidenten, der sich seinerseits sofort telegraphisch mit einem entsprechenden Angebot an Dr. Mayer wandte. Dessen Antwort steht zur Stunde noch aus. Nimmt er an, was in parlamentarischen Kreisen allgemein gehofft wird, so darf man eine befriedigende Erledigung der Trimborn'schen Mission ehestens erwarten.

Berliner Pressestimmen.

Die Zitiernahme des Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren als Kanzler wird in den Morgenblättern im allgemeinen günstig besprochen. In einem Blatt wird die Berufung um deswillen als bemerkenswert bezeichnet, weil Dr. Mayer gar nicht der Partei angehöre, die seinen Namen in die Bagdiale der Entscheidung geworfen habe. Das Zentrum habe es geschickt verstanden, durch die Wahl eines Mannes, der früher zu den besten und allgemein anerkannten Köpfen der Partei gehörte, eine Brücke zu der seinerzeit abgespalteten Bayerischen Volkspartei hinüberzuschlagen.

Über die gestrigen Verhandlungen Trimborns teilen verschiedene Morgenblätter mit, daß der genannte Zentrumsführer u. a. sich mit dem Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion in Verbindung setzte, um ihn zu fragen, ob er das Justizministerium zu übernehmen bereit sei. Dr. Heinze machte die Annahme von einem Befehl seiner Partei abhängig. Diese entschieden sich dann in vereinigtem Sinne. Die Deutsche Volkspartei, so soll erklärt worden sein, nehme an der Zusammenziehung des neuen Kabinetts nur insofern Anteil, als sie Wert darauf lege, daß das Reichswirtschaftsministerium mit Geheimrat Wiedfeld besetzt werde und daß das Reichswehrministerium einem Fachmann übertragen werde.

Die Mehrheitssozialisten hätten, dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge, die Zählung dieses Kabinetts, das wesentlichlich als ein solches für Spa bezeichnet wird, angelehnt, nachdem sie die Versicherung erhielten, daß die sozialdemokratischen Reichsbeamten im Dienst blieben.

Aus führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei erzählt das „Berl. Tagebl.“, daß die Partei von Dr. Trimborn zum Eintritt in die Regierungskoalition bisher nicht aufgefordert worden ist. Wohl aber haben Verhandlungen über die Regierungsbildung an sich stattgefunden. Dabei wurde eine Übereinstimmung erzielt, und zwar dahin, daß die Deutsche Volkspartei nicht offiziell Minister, in Vorschlag bringen, aber durch Fachminister ihres Vertrauens an der Regierung beteiligt werden soll. Der Abg. Dr. Heinze ist daraufhin von Dr. Trimborn angefordert worden, das Justizministerium zu übernehmen; er hat aber noch Aussprache mit seiner Partei darauf verzichten müssen.

Vorläufige Ministerliste.

Die neue Regierung der bürgerlichen Mitte wurde im Laufe des gestrigen Tages noch nicht gebildet, kann aber trotzdem schon als fertig angesehen werden. Man spricht in parlamentarischen Kreisen, dem Vocwärts zufolge, von folgender Liste: Reichskanzler: Dr. Mayer-Kaufbeuren; Innenrs: Koch; Auswärtiges: v. Nothf. (früherer sächsischer Gesandter in Wien); Wirtschaft: Wiedfeld; Finanzen: Birth; Erbg: v. Siemenz; Arbeit: Stegerwald; Verkehr: Gröner; Reichswehr: Wehler; Justiz: Heinze. Diese

Liste kann jedoch nicht als feststehend betrachtet werden, da ein Teil der im Ausicht genommenen Ministerkandidaten noch gar nicht seine Zustimmung gegeben hat. Es handelt sich also nur um einen Plan, aus dem mindestens einzelne Personen ausgewechselt werden, wenn die Kandidaten ablehnen oder sich sonst Schwierigkeiten ergeben. Die Liste gibt also nur ein ungefähres Bild der Grundlage, auf der das neue Kabinett zustandekommen soll und voraussichtlich auch zustandekommen wird. Dr. Mayer-Kaufbeuren befindet sich noch nicht in Berlin, sondern in Paris. Eine Antwort von ihm war in später Abendstunde noch nicht eingetroffen.

Neues vom Tage.

Flensburg frei.

Berlin, 17. Juni. Gestern mittag sanken in Flensburg die Fahnen der vier fremden Mächte unter dem Jubel einer großen Menschenmenge. Die französischen Alpenjäger, die mit aufgeschlitztem Bajonett aufmarschiert waren, machten die Ehrenbeweisungen und Generalsekretär Bruce als letzter Vertreter der Kommission schritt mit anderen Offizieren die Front der Truppen ab. Als die Franzosen abzogen, erkundete deutsche vaterländische Lieder. Zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht. Am Mittag trafen der Reichsminister des Auswärtigen und der preussische Minister des Innern ein. Sie wurden von den Stadt Behörden empfangen. Im Anschluß daran fand ein Frühstück im kleinen Kreise statt, nachmittags eine Rundfahrt auf der Förde.

Mehrheitssozialisten und Unabhängige.

Berlin, 17. Juni. Die im Reichstagsgebäude seit Sonntag geführten unerbittlichen Besprechungen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen haben zu keiner Einigung geführt. Die Unabhängigen lehnen ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten auch in der Frage der Bekämpfung einer bürgerlichen Reichsregierung in Flensburg ab.

Gegen die Putzschiffe in der Reichswehr.

Berlin, 17. Juni. Beim Untersuchungsanschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Veretzung und Niederlag seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhindern, ist ein weiteres Referat für Beschwerden vom Unterpersonal, vollständig mit einem Offizier, Unteroffizier und einem Zivilreferenten, errichtet worden.

Deutsche Konsulate in Italien.

Berlin, 17. Juni. Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ aus Rom berichtet wird, hat die italienische Regierung die Wiederaufhebung der deutschen Konsulate, auf die Österreich nach dem Friedensvertrag keinen Anspruch hat, zugesagt.

Die französische „Abrüstung“.

Paris, 17. Juni. Der Armeeausschuß nahm gestern einen Bericht Andre Lefebvres über die Grundgedanken des Plans der Neuordnung der Armee entgegen, den der Kriegsminister einzubringen gedenkt. Der Minister erwähnte besonders, daß es mit Rücksicht auf die auswärtige Lage, die noch nicht genügend geklärt sei, nicht möglich war, schon jetzt eine Waffendienständerung von weniger als zwei Jahren in Aussicht zu nehmen. Andererseits verbreitete sich Lefebvre über die Verwendung der französischen Bestände im Orient, besonders in Syrien, wobei er Mitteilungen über die sich dort abwickelnden Operationen machte. Er brachte vor Kenntnis, daß dort gegenwärtig ungefähr 7000 Mann Soldat, die zum großen Teil den Kolonialregimenten angehören.

Regierungskrise in Norwegen.

London, 17. Juni. (Hosok.) Das norwegische Kabinett hat sich seit 1918 im Konflikt mit der Regierung befunden. Das Kabinett hat erklärt, daß es die Erhöhung des Budgets um 1 Million Kronen gemäß dem Antrag der Kommission des Storting nicht annehmen könne. Das Storting genehmigte den Kommissionsantrag mit 74 gegen 51 Stimmen. Die Mehrheit bestand aus den Konservativen und den Sozialisten.



Das neue Kabinett wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen bekannt werden mit dem Kaiser an der Spitze.

Anerkennung der Pflichten Deutschlands.
London, 16. Juni. (Havas.) Im Unterhaus sagte Churchill über die Inkraftsetzung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Luftschiffahrt: Marshall Hoeh und die interalliierte Kommission sind für die deutsche Abstrahlung verantwortlich. Ich glaube, Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen. Es erfüllt sie vielleicht nicht ununterbrochen und bereitwillig, aber es steht ihrer Erfüllung auch keine unbegründeten Hindernisse in den Weg.

Fünf Eigentümer der Donau.
Paris, 16. Juni. Aus Prag wird dem „Temps“ gemeldet, die interalliierte Donaukommission habe entschieden, daß die Donau von Ulm bis Passau deutsch, bis Theben österreichisch, bis Barlany tschechoslowakisch, bis Panclova serbisch und bis zur Mündung rumänisch sein soll. Die Schiffahrt wird aber auf dem ganzen Strom für alle Staaten frei sein.

Scapa Flow.
Paris, 16. Juni. Millerand hat der deutschen Friedenskommission eine Note übermitteln lassen, in der die deutsche Regierung an Artikel 205 des Friedensvertrages erinnert wird. Dieser Artikel verpflichtet Deutschland zu Angaben, welche zur Kontrolle über die Vernichtung der deutschen Kriegsschiffe notwendig sind.

Lloyd George über die Entwaffnung Deutschlands.
Amsterdam, 16. Juni. In Erwiderung auf eine im englischen Parlament gestellte Frage über die Maßnahmen, die Deutschland seit der Konferenz in San Remo zur Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages getroffen habe, erteilte Ministerpräsident Lloyd George eine schriftliche Antwort, in der es heißt: Am 10. Mai schätzte die verbundene Kontrollkommission die Stärke des deutschen Heeres auf 270 000 Mann. Am 10. Juni wurde in einem deutschen Funkpruch amtlich bekanntgegeben, daß bis zu diesem Tage das deutsche Heer auf 200 000 Mann vermindert worden sei. Diese Mitteilung, erklärte Lloyd George, ist bisher von der verbändlerischen Kontrollkommission noch nicht nachgeprüft worden. Sondernfalls aber liegen Anzeichen dafür vor, daß das deutsche Heer im letzten Monat beträchtlich vermindert worden ist. Eine große Anzahl von Leuten ist entlassen worden. Die Einheiten des Feldheeres sind mit der Reichswehr vermischt worden. Die deutsche Regierung erteilte Befehl zur Auflösung und Entwaffnung der unentwaffneten Verbände und der Einwohnerwehren. Sie bringt aber noch immer auf die Erlaubnis zur Beibehaltung einer bewaffneten Gendarmerie. 23 877 Gewehre und 37 262 Maschinengewehre sind ausgeliefert worden.

Unterbrechung der Verhandlungen mit Krasin.
London, 16. Juni. Reuters erfährt: Bisher ist eine neue Konferenz zwischen Krasin und den englischen Ministern nicht vereinbart worden. Es wird eine solche stattfinden, sobald Krasin aus Moskau Antwort auf die bei den beiden ersten Verhandlungen aufgeworfenen Fragen erhalten hat. Ein Hindernis ist nicht eingetreten. In der Frage der russischen Schulden, die als die wichtigste angesehen wird, hat Krasin bisher eine Antwort aus Moskau nicht erhalten.

London, 16. Juni. Reuters glaubt zu wissen, daß sich die belgische und die japanische Regierung an den kommenden Besprechungen mit Krasin beteiligen werden. — Wie Reuters weiter vernimmt, wird eine neue Besprechung zwischen Krasin und den englischen Ministern stattfinden, sobald Krasin die Antwort seiner Regierung aus Moskau erhalten hat.

Das Kabinett Giolitti.
Rom, 16. Juni. Die „Agenzia Stefani“ meldet amtlich, daß der König den Rücktritt des Kabinetts Nitti angenommen und Giolitti mit der Neubildung betraut hat.

Änderung des türkischen Friedensvertrags?
Paris, 16. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Temps“ geht schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfällt,

der Oberste Rat gewisse bedeutende Veränderungen des türkischen Friedensvertrags ins Auge fassen könne.

Wohltätigkeit Ungarns.
Zürich, 16. Juni. Der Internationaler Gewerkschaftsbund erläßt einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in welchem er sie auffordert, von Sonntag, den 20. Juni, an alle Arbeit zu verweigern, die dem „Ungarn des weißen Terror“ direkt oder indirekt zugute kommen könnte. In dem Aufruf heißt es u. a.: von Sonntag, den 20. Juni, ab darf kein Zug die ungarische Grenze passieren, kein Schiff in Ungarn einfahren, kein Brief und kein Telegramm von und nach Ungarn weiterbelehrt werden. Der ganze Verkehr muß stillgelegt werden. Keine Steinkohlen, keine Rohstoffe und keine Lebensmittel dürfen mehr in das Land.

England nimmt von der Türkei Besitz.
Genf, 16. Juni. „Globe“ meldet, der Text des englischen Planes über Ägypten umfasse die vollständige Autonomie, die Garantie der Staatsschuld, die englische Verwaltung des Suezkanals, die Demission der jetzigen Ägypten zugunsten seines Sohnes, die Beibehaltung der Kapitulationen, außerdem für England alle Rechte, welche die Türkei vor 1914 besaß.

„Petit Paris“ meldet Ausbreitung der Revolution in Tripolis.

Kleine Nachrichten.
Eisen, 16. Juni. Die Firma Thyssen in Hamburg hat, lt. „Deutscher Bergwerkzeitung“, mit den Vorarbeiten zur Ausbeutung des Braunkohlelagers 2. Treßdorf begonnen, dessen Umfang etwa auf eine Million Kubikmeter Braunkohle geschätzt wird.

Mainz, 16. Juni. Wie die „Mainzer Volkszeitung“ meldet, ist in Zusammenhang mit den Verhaftungen in Ludwigshafen der sozialdem. Arbeitersekretär Gröppner in Mainz von den Franzosen verhaftet worden.

Paris, 16. Juni. Die Verhandlungen der internationalen Rheinkommission begannen am 21. Juni in Straßburg.

Haag, 16. Juni. Der Gesandtschaftsbericht betreffend das holländisch-deutsche Kredit- und Kohlenabkommen ist der zweiten Kammer zugestellt worden.



Staatssekretär Trimborn (Ztr.)

Württemberg.
Stuttgart, 16. Juni. (Finanzministerium und Landesfinanzamt.) Nach einem Beschluß des Staatsministeriums wird das Landesfinanzamt vom Staatsministerium getrennt werden. Das bisherige Generalkommando-Gebäude, Kriegerbergstraße 32, ist für das Präsidialbüro des Landesfinanzamts wie für die Dienstwohnung des Präsidenten in Aussicht genommen, früher hatte Finanzminister Viesching beide Ämter geführt.

Stuttgart, 16. Juni. (Die Wirkung der Te-

lephonproteste.) Der württ. Mittelstandsbund hat hier die Aktion gegen die ungeheure Telefonvermehrung angeführt und in seiner großen Protestversammlung im Bürgermuseum Entschließungen angenommen, die den Staats- und Reichsbehörden übergeben wurden. In Fortsetzung dieser Aktion ließ der Mittelstandsbund innerhalb Groß-Stuttgarts 300 Einzeldruckblätter zur Kündigung von Telefonanschlüssen auflegen, die am 15. Juni eingezogen und der Post eingereicht wurden. Darin wurden etwa 2500 Kündigungen ausgesprochen. Einschließlich der Ortsgruppen dürfte der Mittelstandsbund auf Grund seiner Bestrebungen 3000 Kündigungen veranlaßt haben.

Stuttgart, 16. Juni. (Verbindlichkeitsklärung.) Vom Zentralverband der Angestellten wird mitgeteilt, daß der am 14. Mai ds. Js. gefällte Schiedsspruch für die Angestellten des Groß- und Kleinhandels für verbindlich erklärt ist. Ab 1. April erhalten also die Angestellten des Kleinhandels eine 105prozentige, die des Großhandels eine 110prozentige Erhöhung der Tarifgehälter vom Juni 1919.

Stuttgart, 16. Juni. (Der gefasste Geldscheindiebstahl.) Im Dezember 1918 wurden in der Buchdruckeri Geiner und Pfeiffer eine große Anzahl der dort im Druck befindlichen 20-M.-Scheine des städt. Kriegsgeldes gestohlen. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es bald darauf, den fünf Einbrecher und Diebe zu ermitteln und festzunehmen. Der Haupttäter Emil Müller, der wegen Krankheit ins Krankenhaus eingeliefert wurde, ergriff dort eine günstige Gelegenheit und entwich. Er ist jetzt wieder festgenommen und zwar in Aarhus in Dänemark, wo er sich unter falschem Namen aufgehalten hatte.

Dillingen, Orl. Leonberg, 16. Juni. (Beim Baden ertrunken.) Beim Baden in der Elms ertranken zwei junge Burschen im Alter von 18 und 19 Jahren. Die Ertrunkenen hielten sich mit den Armen krampfhaft umschlungen. Die Kleidungsstücke wurden noch nicht aufgehoben; man vermutet Diebstahl.

Brackenheim, 16. Juni. (Hesendiebstahl.) In der Nacht auf Montag wurde dem Landwirt Jaggy in Döhlenburg ein Lamm gestohlen. Die Nachforschungen führten nach Jägershausen. Dort wurde das gestohlene Tier gefunden und seinem Eigentümer zugeführt.

Heilbronn, 16. Juni. (Ein Opfer der Zeit.) Die Schwierigkeiten der allgemeinen Wirtschaftslage zwingen die „Süddeutsche Tageszeitung“ hier, ihr Erscheinen am 30. Juni einzustellen. Der Verlag hofft, nach Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage das Blatt wieder erscheinen lassen zu können.

Von Schurwald, 16. Juni. (Heidelbeerernte.) Die Heidelbeerernte hat ihren Anfang genommen. In ganzen Scharen zieht alt und jung in die Wälder, um die herrlichen Früchte einzuharsten. Der Ertrag ist ein guter.

Freudenstadt, 16. Juni. General Kabisch, der Kommandeur des 13. Wehrkreises, weilte vorgestern mit seinem Stab in Freudenstadt. Er hatte nach dem „Grenzboten“ im Auerhaus Walde eine Besprechung mit dem früheren Reichswehrminister Noske. — Staatspräsident Bloss ist nach Stuttgart wieder zurückgelehrt.

Neuenbürg, 16. Juni. (Schulhausseiwichtung.) In Gräfenhausen wurde ein neues Schulhaus eingeweiht, das alle praktischen Einrichtungen der Neuzeit wie Turnsaal, Zentralheizung und Badeeinrichtung aufweist. Schulleiter Baumann und Dekan Megelein hielten Ansprachen.

Trossingen, 16. Juni. (Besitzwechsel.) Die Gemeinde hat die Wirtschaft zum „Schlößle“ um 54 000 Mark angekauft, um in dem Gebäude Kelter der Lebensmittelversorgung unterzubringen, die bisher in Schulküchen gelegt waren.

Schwaberg, 16. Juni. (Schwerer Unfall.) Das 14-jährige Mädchen eines hiesigen Mechanikers fiel in einem unbewachten Augenblick in das künstliche Seebecken des Gartens und ertrank.

Mottweil, 16. Juni. (Hohe Dividende.) Die Köln — Mottweil — Aktiengesellschaft Berlin verteilt dem 16. Prozent Dividende.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

59

(Fortsetzung.)

„Du heißt Gerald Trotha und hast es mir verschwiegen!“

Sie will anlachen — aber die Kehle ist ihr wie zugeschnitten. Dieser Mann, der sie um ihr Lebensglück betrog, der sie nur um des Geldes willen heiratete — er beschuldigt sie des — Trennbruchs?

„Leugne es, wenn Du kannst!“ zischt er, durch ihr Schmelzen aufs äußerste gereizt.

Wie glühenden Wangen und liegenden Puffen steht sie vor ihm — nicht mehr die Baronin Diane v. Achenbach, die Herrin von Birkenfelde — nein, in jeder Mane, in jeder Bewegung die „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“.

„Ich leugne nichts!“ ruft sie empört.

„Du gibst Deine Schmach also zu?“

„Ich gebe auch nichts zu. Nur beenden will ich dieses Gespräch!“ Und mit flammenden Blicken weist sie nach der Tür.

Doch Knecht rührt sich nicht vom Fleck. Eine unnatürliche Ruhe ist über ihn gekommen, die in seltsamen Gegensatz zu ihrer wilden Erregung steht.

„Vor kurzem legte ich Dir nahe, Deine Mitgift zurückzugeben; Du wolltest nichts davon wissen.“ sagt er kalt. „Jetzt, nach dem heutigen Abend, befehle ich es Dir! Ich will nichts von Dir haben! Keinen Pfenning! Mag aus Birkenfelde werden, was da will! Ich selbst werde meinen Abschied nehmen und auswandern, irgendwohin, wo ich mir mein Brot verdienen und ein

neues Leben beginnen kann, das mich die Qualen der letzten Zeit vergessen macht.“

Er glaubte ruhig zu sein in seinem festen Entschluß. Und doch überwältigt ihn schon wieder die Erregung. Er sieht nicht, wie sein Weib zusammensinkt bei seinen letzten Worten, wie tödliche Blässe ihr Antlitz überzieht.

Hätten die beiden einander in dieser Stunde angeblickt, hätten sie Trost und Stolz auch nur für einen Moment vergessen, hätte eines von ihnen auch nur ein verständliches Wort gesprochen — sie wären einander in die Arme gestürzt.

Aber jedes steht starr vor sich hin. Jedes glaubt sich durch den andern um sein Lebensglück betrogen. Und jedes — schweigt.

„Leb' wohl!“ sagt er endlich leise, indem er nach der Tür zu schwankt. „Ich fühle keinen Haß gegen Dich. Suche auch Du zu vergessen!“

Auch jetzt erwidert sie nichts.

Noch einmal wendet er sich nach ihr um.

„Daß Du kein Abschiedswort mehr für mich, Diane?“ Sie schüttelt den Kopf. Dann, einem plötzlichen Impulse folgend, schreit sie auf:

„Du glaubst mich schuldig! Du! Du! ... Ich hatte es für unter meiner Würde, mich zu verteidigen. Aber das will ich Dir noch sagen: schon seit dem Tage unserer —“ sie stockt — „unserer Hochzeit weiß ich, daß Du eine andere liebst. Ich hörte es aus ihrem eigenen Munde, als sie Dich aus neue ihrer Liebe versicherte — diese Schlange Liselotte d'Esterre!“

Es ist heraus, das bittere Wort. Jetzt weiß er, wer seine Ehe vergiftete, wer Mißtrauen in das Herz seines Weibes träufelte. Und er ist der Mitschuldige.

Wie ein Ertränkter legt er vor ihr, mit geschlossenem Kopf, seinen Kopf nieder.

„Aha, jetzt schweigst Du!“ lacht sie bitter auf. „Jetzt bereue ich Du mannes! Du glaubstest, mich zu kennen: aber Du konntest mich nicht im geringsten. Damals wurde ein unaufrichtiger Haß in mein Herz gesteckt, das gegen jenes tolle Weib und — gegen Dich! Wir „Wilde“ —“ wieder lacht sie arell auf — „wir „Wilde“ sind stark im Leben wie im Hasen. Entweder das eine oder — das andere. Ein Zwischending gibt es nicht.“

Sie wendet sich und geht zur Tür.

Doch er steht da, mit aller Kraft das Allgewaltige, alles bezwingende Gefühl der Liebe zu seinem Weibe.

„Diane!“ murmelt er mit halberstimmter Stimme. Doch Diane hat bereits das Zimmer verlassen.

Noch liegt Birkenfelde in tiefem Schlaf.

Diane steht reisefertig in ihrem Douloir, ohne daß irgend jemand darum weiß — vor ihr eine Handtasche mit dem Notwendigsten und einer größeren Summe Geldes, die sie ihrem Schreibtisch entnahm.

Stundenlang hat sie gegrübelt, ehe sie zu dem Entschluß kam, den entscheidenden Schritt zu tun. Nun aber weiß sie, mit unumschließlicher Gewißheit: hier im Hause bleiben kann sie nicht. Wohin sie will — darüber ist sie sich noch nicht klar.

Vorläufig nur fort! Fort!

Sie lehnt sich einen Augenblick ans offene Fenster und blickt hinaus in den finstern Park. Nichts zu erkennen. Alles schwarz.

Sie ergreift die Reisetasche und will das Licht auslöschen.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 16. Juni.

Die gestrige Sitzung wurde mit einigen Anträgen eröffnet. Auf eine solche des Abg. Dr. Glöckner (Dem.) über die Siedelungsbaul teile Arbeitsminister Rückert mit, daß dem Landtag demnächst die Abänderung der Statuten der Bank zugehen werde. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Lejzer (Dem.) über die Stillelegung der bad. Nebenbahnen erklärte Finanzminister Köhler, die Regierung sei zusammen mit den Kreisen mit den Bahngesellschaften in Verbindung getreten, um die Bahnen zu kaufen. Bei Entgegenkommen der Bahngesellschaften lasse sich die Stillelegung vermeiden.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Senker (Z.) über den Voranschlag des Finanzministeriums den er zur Annahme empfahl.

Finanzminister Köhler führte aus: Der Rechnungsabluß für das Jahr 1919 liegt zwar noch nicht ganz vor, aber ich kann heute schon mitteilen, daß er nicht mit einem Fehlbetrag, sondern mit einem Ueberschuß abschließt. In den nächsten Jahren werden wir an einer einjährigen Haushaltsperiode festhalten müssen. Die Vermögenssteuer überlassen wir den Gemeinden. In seinen Schlussworten stellte der Minister fest, daß die schwebende Schuld 400 Millionen beträgt.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Voranschlag des Finanzministeriums.

Karlsruhe, 16. Juni. (Aus den Ausschüssen des Landtags.) Der Haushaltsausschuß hat die Beratungen über den Voranschlag des Finanzministeriums zu Ende geführt und sämtliche Anforderungen genehmigt. Bei den Erörterungen wurde die unter Einnahmen eingestellte Summe von 82,5 Mill. Mk. aus Holzverkäufen beanstandet, da z. B. starke Preisrückgänge auf dem Holzmarkt zu verzeichnen sind und es fraglich sei, ob diese Summe erreicht werde. Der Ausschuß sah aber schließlich davon ab, eine Änderung vorzunehmen. Der Verfassungsausschuß besaßte sich mit dem deutschnationalen Antrag, daß in der Verfassung vorgesehene Gesetz über das Verfahren bei Volksabstimmungen alsbald zustande zu bringen. In der Aussprache wurde von Abgeordneten desentrums, der Sozialdemokraten und Demokraten bemerkt, daß politische wie rechtliche Gründe für ein halbjähriges Aufschreiben dieses Gesetzes sprechen. Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses wurde beauftragt, die Angelegenheit sobald wie möglich spruchreif zu machen.

Baden.

Karlsruhe, 16. Juni. Zu dem Austritt des Staatspräsidenten Weich, der in Verbindung mit der bevorstehenden Umbildung der bad. Regierung steht, teilt der „Vollkammer“ mit, daß sich Staatspräsident Weich schon lange mit dem Gedanken trägt, sich von der Regierung zurückzuziehen. Der Austritt des Staatspräsidenten werde auch dadurch bedingt, daß das Ministerium für militärische Angelegenheiten, das er bisher inne hatte, wegfällt. Der „Vollkammer“ deutet an, daß das Amt des Staatspräsidenten einem Minister derjenigen Partei zufallen müsse, die aufgrund des Wahlausfalles am ersten zu diesem verantwortlichen Posten berufen ist.

Karlsruhe, 16. Juni. Das bad. Unterrichtsministerium hat an die Leiter der höheren Lehranstalten und an die Volksschulrektorate der Städteordnungsstädte die Anforderung gerichtet, zu berichten, ob für die einzelnen Schulen ausreichende Spielplätze zur Verfügung stehen.

Karlsruhe, 16. Juni. Die beiden hiesigen Großbrowerereien Prinz und Schrempf haben beschlossen, ihre Betriebe zusammenzulegen.

Ottenshofen (bei Achern), 16. Juni. Durch Feuer ist das Sägewerk des L. Bohner samt dem Wohnhaus zerstört worden. Der Schaden wird auf über 100 000 Mk. geschätzt.

Emmendingen, 16. Juni. Der Verband bad. Arbeiterbildungsvereine, Vorort Karlsruhe, hat seinen 20. Verbandstag auf Sonntag, 27. Juni, nach Emmendingen einberufen. Der Landesverband umfaßt heute 62 Arbeiterbildungsvereine mit etwa 8000 Mitgliedern.

Freiburg, 16. Juni. Der vor knapp Jahresfrist gegründete Landesverband bad. Glasermeister hielt hier seine erste Hauptversammlung ab. Im Verlauf der Tagung wurde der von der Verbandsleitung herausgegebene Landespreistarif besprochen und allgemein anerkannt.

Weikersheim (St. Staufen), 16. Juni. Der Wein dürfte, wie das „Stauf. Wochenbl.“ erfährt, bedeutend abschlagen. Hiesige Weinhandlcr erhielten aus dem benachbarten Oberrhein Angebote, wonach für den Liter nur 8—12 Mk. gefordert wurden. (Und scheint der Weinabsatz doch noch in weiter Ferne zu liegen.)

Villingen, 16. Juni. Die Rheinische Kreditbank hat das bekannte Bahnhofslokal „Nähringer Hof“ zum Preis von 270 000 Mk. erworben, um darin ein Lokal einzuweichen.

Glättung der deutschen Schuld.

Das Pariser Blatt „Echo de Paris“ veröffentlicht einen Artikel über die Glättung der deutschen Schuld. Der Verfasser entwickelt einen Plan auf folgender Grundlage: Deutschland übernimmt seinen verschiedenen Gläubigern einen gewissen Betrag in deutscher Rente, die bevorzugen und durch eine Hypothek auf seine Bergwerke, seine Monopole, seine Eisenbahnen und seine Häfen gesichert sind. Die deutsche Rente führt den Namen Liquidationsrente und bringt 5 Prozent Zinsen, d. h. bei einem Betrage von 120 Milliarden Goldmark jährlich 6 Milliarden Goldmark. Deutschland werde ferner 30 Milliarden Goldmark der

gleichen Rente ausgeben dürfen, um dafür drei Jahre lang Rohstoffe zu kaufen. Die Mächte des Völkerbundes und die Vereinigten Staaten würden die Bepflichtung übernehmen, die Liquidationsrente als Zahlung für die während des Krieges den Alliierten gewährten Kredite anzunehmen. Des weiteren sollen ihre Untertanen bei Transaktionen bis zu 10 Prozent des geschuldeten Betrages in Liquidationsrente in Zahlung geben dürfen, die so eine Art internationales Geld werde; nur Deutschland könne seine Liquidationsrente nicht mehr als Zahlungsmittel für ausländische Lieferungen benutzen, wenn der ihm gewährte Kredit von 30 Milliarden Goldmark aufgebraucht sei. Der Verfasser glaubt, daß bei diesem Verfahren binnen 40 bis 60 Jahren alle diese Renten nach Deutschland zurückfließen würden, da Deutschland verpflichtet sein werde, sie als Zahlung anzunehmen, aber nicht zu Einkäufen würde verwenden dürfen. Das System würde die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands fördern, seine Ausfuhr steigern, und Deutschland würde so seine Schuld ausschließlich durch seine Handelsgewinne abtragen.

Bermischtes.

Aufhebung des Cheverbots für Lehrerinnen? In Bayern hat sich eine Vereinigung von Lehrerinnen gebildet mit dem Ziel, die Aufhebung des Cheverbots für die bayerischen Lehrerinnen zu erwirken.

Seilschaftsverbot. Die „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ wurden auf 15 Tage verboten wegen der Artikel gegen die Verwendung schwarzer Truppen.

Textilmesse in Berlin. Vertreter der Berliner Handelskammer, des Magistrats und der in Betracht kommenden kaufmännischen Verbände und Firmen beschlossen, eine Textilmesse in Berlin zu veranstalten.

Deutsche Arbeit. Der französische Vizepräsident des Senatsausschusses für Luftschiffwesen, General Dirschauer, hat die Flugzeugkonstruktion des deutschen Professors Junker angelegentlich für Neubauten empfohlen. Diese Konstruktion bestehe bei seiner Bauart ganz aus Stahl und Aluminium gegenüber dem bisher üblichen Eis- und Holzgerüst.

Belgische Rechnung. Nach einem Brüssel' Privattelegramm hat die belgische Regierung die Kosten für die belgische Teilnahme an der Verbands-Rheinlandskommission auf 1 Million Franken für das Jahr geschätzt. Jezt stellt sich aber heraus, daß 1 1/2 Millionen verbraucht werden. Man beginnt ernstlich zu zweifeln, ob Deutch und in der Lage sein wird, alle diese Nebenkosten, die ihm durch den Vertrag von Versailles auferlegt sind, zu tragen.

Mord. Am Sonntag wurde in Leibschberg Gem. Siegmarszell bei Lindau eine furchtbare Mordtat verübt. Die ledige 62 Jahre alte Fäßler wurde in dem Anwesen ihres Bruders erschlagen aufgefunden, das Anwesen in Brand gesteckt. Die Leiche wies schwere Wunden am Kopfe auf, konnte aber noch rechtzeitig aus dem brennenden Hause geborgen werden. Das Anwesen ist vollständig niedergebrannt.

Explosion. In der Munitionsgelagerrungsstätte Kote Mähl in Burg bei Moggendorf wurden durch eine Explosion zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Juwelenbesitz. Nach einer dem „Berl. Tagebl.“ zugegangenen Meldung aus Wien sind dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschaftler in Madrid, Prinz Karl Emil zu Fürchtenberg, in seinem Wiener Söhof Juwelen im Werte von 8 bis 8 Millionen Kronen gestohlen worden.

Die Denerente. Aus allen Teilen des Landes liegen Nachrichten über den Stand und das Ergebnis der diesjährigen Denerente vor, die durchweg in bezug auf Quantität und Qualität als sehr gut bezeichnet wird. Mögen der zeitweilig noch in vollem Gange befindlichen Denerente weitere gute Ernten folgen zum Wohle und der Wiederbelebung des deutschen Volkes!

Reichsbund und Internationale. Ueber den unrichtigen Anschluß des Reichsbundes der Kriegsbekämpften an die Internationale der Kriegsoffer berichtet die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie: Nach lebhafter Geschäftsordnungs-Debatte kam es zur namentlichen Abstimmung über einen viel weiter gehenden Antrag, der die Einleitung von Verhandlungen zwecks Anschlusses an die Internationale und die Entsendung von Vertretern zur Mailänder Konferenz verlangt. Obwohl der bisherige Leiter des Bundes sich dagegen erklärte, wurde der Antrag, der von entscheidender Bedeutung für die Haltung der größten Kriegsbekämpften-Organisation aller Länder gegenüber dem internationalen Zusammenschluß ist, mit 267 gegen 28 Stimmen unter förmlichem Beifall angenommen. Die Kyffhäuser-Korrespondenz der deutschen Landeskriegerverbände sagt dazu: Dieser Beschluß macht der politischen Neutralität des Reichsbundes, für die der frühere Bundesvorsitzend erkl. gelämpft hat, ein Ende. Das Abstimmungsergebnis beweist einwandfrei, daß dem Reichsbund schon bisher eine starke internationale Tendenz nicht mit Unrecht vorgeworfen wurde.

Die sinkende Kaufkraft. Ein Zeichen der sinkenden Kaufkraft ist auch die Tatsache, daß in letzter Zeit die Rückzahlungen der Sparkassen höher sind, als die Einzahlungen. So wurden bei den 366 sächsischen Sparkassen im ersten Vierteljahr 1920 fast 290 Millionen Mark eingezahlt, dagegen 333 Millionen zurückgezahlt. Im Jahr zuvor wurden in der gleichen Zeit 382 Millionen eingezahlt und nur 191 Millionen zurückgezahlt. Die Einzahlungen sind also um fast 100 Millionen Mark zuwenig, die Rückzahlungen dagegen um fast 150 Millionen Mark zuviel.

Zerstückelung. Die Stadtgemeinde Calw beabsichtigt zwischen Fürtzbad und Oberreichenbach Dorf zur Gewinnung von Brommaterial zu streifen. Die Forstdirektion in Stuttgart hat ihre Zustimmung hierzu erteilt.

Zementpreise. Die Kleinhandelspreise für Zement betragen am 1. Juni für Baugeschäfte und Bauunternehmer, die als regelmäßige Abnehmer für die Händlerlager in Frage kommen, 35 Mk. und für alle übrigen Kleinverbraucher 38,50 Mk. pro Sack mit 50 Kg. Inhalt.

Kraftwagenverkehr. Am 13. Juni wurde der Kraftwagenverkehr Albstadt-Fahlbrunn-Lorch sowie die neue staatl. Kraftwagenlinie Donaueschingen-Bad Dürkheim-Schwenningen dem Verkehr übergeben.

Witterungsverhältnisse

Der Hochdruck im Norden ist abgegangen. Nimmende wird die Windrichtung mehr südlich werden. Am Sonntag und Sonntag ist sommerlich warm, aber mit Gewittern verbundenen Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Geschäftsträger Dr. Mayer lehnt ab.

Berlin, 17. Juni. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, hat auf Anfrage des Reichspräsidenten, ob er bereit sei, das Amt des Reichskanzlers anzunehmen, unter Hinweis auf die Wichtigkeit seiner gegenwärtigen Aufgabe in Paris die Berufung abgelehnt.

Verhandlung mit Präsident Fejrenbach.

Berlin, 17. Juni. Staatssekretär Dr. Trimborn berichtete heute vormittag dem Reichspräsident über den Fortgang seiner Verhandlungen. Der Reichspräsident dankte Dr. Trimborn für seine Bemühungen, die, wie er hofft, wesentlich zur Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten beigetragen haben. Zurzeit verhandelt der Reichspräsident mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Fejrenbach, wegen Uebernahme des Reichskanzleramts.

Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident ließ gestern dem Oberbürgermeister der Stadt Hensburg folgendes Telegramm zugehen: Anlässlich der Rückkehr der alten deutschen Mutterlande bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, der Bevölkerung meinen herzlichsten Glückwunsch auszusprechen. Die unumwandelbare Treue und die feste Zuversicht der deutschen Grenzmark haben nach langen Monaten hängen Harrens zum Erfolg geführt. Hensburg und die zweite Zone sind nun auf immer mit dem deutschen Vaterlande wieder verbunden, dessen Regierung Treue um Treue vergelten wird.

Rotterdam, 17. Juni. Antlich wird gemeldet, Oberst Housse gehe nicht nach Europa, um die Ver. Staaten in Spa zu vertreten. Unter den gegenwärtigen Umständen würden die Ver. Staaten wahrscheinlich nicht auf der Konferenz vertreten sein.

Handel und Verkehr.

Ueber 61 Milliarden Papiergeld. Der Ausweis der Reichsbank für die erste Junimonat zeigt auf den Anlagekonten eine nicht unerhebliche Entlastung. Die gesamte Kapitalanlage nahm um 327,5 Millionen Mk. auf 39 063,9 Millionen Mk. ab, die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 320,1 auf 39 190,8 Millionen Mk. Die sonstigen Aktiven stiegen um 908,9 auf 12 069,1 Millionen Mk. Auf der anderen Seite wurden den fremden Geldern 272,9 Millionen Mk. entzogen, sodass deren Bestände auf 13 750,7 Millionen Mk. zurückgingen. Die Ansprüche des Verkehrs an Zahlungsmitteln waren in der verflochtenen Woche wiederum überaus stark. An papiernen Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehenskassenscheine zusammengekommen) wurden 625,3 Millionen Mk. neu beantragt. Im einzelnen nahm der Banknotenumsatz um 611,8 Millionen Mk. auf 50 648,6 Millionen Mk. zu; dagegen verringerte sich der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 6,5 Millionen Mk. auf 13 590,7 Millionen Mk. Der Darlehensbestand bei den Darlehenskassen erhöhte sich weiter um 202,2 Millionen Mk. auf 29 755,3 Millionen Mk.

Vollständiger Stillstand am württ. Gerbrindenmarkt. Die Lage auf dem Gerbrindenmarkt paßt sich durchaus dem Bild auf dem Hundbholzmarkt an. Vollze Karwanlust in allen Teilen des Landes! Eine große fädt. Forstverwaltung im Schwarzwaldkreis hat auf verschiedene Ausschreiben eines größeren Füllens Gerbrinde nicht ein einziges Angebot erhalten. Einer fädt. Forstverwaltung im Jagtkreis wurden für den Jentner Eichengerbinde ganze 8 Mk. geboten. (Noch vor einigen Wochen zahlte der Württ. Gerbrindenverein der Staatsforstverwaltung für den Jentner Eichengerbinde 60 Mk.) Ein Zuschlag wurde natürlich nicht erteilt.

Preisverbreiten bei ausländischen Kartoffeln. Der Deutsche Kartoffelgroßhändlerverband hat dem Reichsministerium drathlich mitgeteilt, daß die holländischen Kartoffeln infolge Sonderaufwands eines holländischen Händlerkongressums um 200 Gulden, also 3000 Mark für den Wagon, verteuert werden. Das bedeutet einen Aufschlag von 30 Mark für den Jentner Kartoffeln. Diese Verteuerung sei nur möglich infolge der Monopolisierung der Kartoffeleinfuhr. Der Verband hat daher die vollständige Freigabe der Kartoffeleinfuhr beim Reichsernährungsministerium beantragt, damit der jetzigen Bewehrung des deutschen Volkes Gehalt geboten wird. Wie verlangt, soll die Reichskartoffelstelle und das bei ihr gebildete, aus acht Personen bestehende Händlerkongressum, der Freigabe der Einfuhr erheblichen Widerstand entgegensetzen.

Krisis in der Schuhindustrie. Aus Tutzingen wird geschrieben: Die anhaltende vollständige Stokung im Hoflag der Schuhwaren hat bewirkt, daß jetzt schon eine Reihe von Fabriken geschlossen, über 800 Arbeiter ohne Verdienst sind. Andere Fabriken werden folgen, wodurch die Zahl der Arbeitslosen sich noch bedeutend erhöhen wird, wenn nicht in aller nächster Zeit eine Wendung zum Besseren eintritt. Oberbürgermeister Scherer im Verein mit dem Schuhfabrikantenverein hat sich nun an die Reichsernährungsverwaltung mit der Bitte gewandt, sie möge die hier lagernden schweren Schuhe zum jetzigen ermäßigten Marktpreis abnehmen, damit die Schuhfabriken wieder Verkehrs-kapital erhalten, um ihre Fabriken wieder in den Gang zu bringen bzw. nicht schließen zu müssen. Ebenso wurde an das Reichsernährungsministerium die Bitte gerichtet, es möge die Ausfuhrsteuer für schwere Schuhwaren wenigstens zeitweilig aufgehoben werden.

Am Berliner Produzentenmarkt trat auf die scharfe Abwärtsbewegung im Haferpreis ein mäßiger Rückschlag ein. Das Geschäft in Hafer blieb in engen Grenzen. Für Hälftenfrüchte zeigte sich keine Aussicht auf Besserung der Lage. Neu stellte sich in alter Ware billiger. Neues Wienenghen wurde mit zirka 15 Mk., Kleebun mit 21 Mk. vergeblich angeboten. Strohh gab weiter im Preise nach. Hafer: Loco ab Baha 2420, sofortige Abladung ab Abladestation 2220/2300. Tendenz behauptet.

Die Automobilindustrie steht vor der Notwendigkeit, sehr umfangreiche Arbeitsleistungen vorzunehmen, wenn nicht endlich Erleichterungen auf dem Benzinmarkt geschaffen werden und die behördlichen Forderungen des Kraftwagenverkehrs fallen. Denn der Absatz stockt infolge dieser Bemerkungen vollständig. Nicht nur im Interesse der Automobilindustrie, sondern auch ihrer großen Zubehöranbieter, der großen Gummiwerke und der Metallwerke, wird seitens der interessierten Kreise lebhaft die Aufhebung der behördlichen Einschränkungen des Automobilverkehrs erstrebt.

Japanisch-deutscher Handel. Bis Ende März 1920 sind 18 japanische Dampfer in deutschen Häfen eingetroffen, ein erfreuliches Zeichen für den Aufschwung des Auswahrsverkehrs zwischen Deutschland und dem fernen Orien. Die von Japan abgehenden Schiffe konnten zwar nur mit vieler Mühe Ladung bekommen, dagegen haben die aus Deutschland abfahrenden Schiffe beträchtliche Mengen Waren mitgenommen.

Nichtentlastung türkischer Staatsanleihe. Die Juli-Kupons der 4prozentigen türkischen Bondabonds-Anleihe Ser. 2, sowie der türk. 4prozentigen Zollanleihe von 1911 bleiben wieder unbezahlt, da keine Deckungsmittel eingegangen sind.

Vokales.

Das tägliche Brot. Unser Brot wird von Tag zu Tag schlechter. Auch während der Kriegszeit mußte sich das Brot mancherlei Beimengungen gefallen lassen, gekochte Kartoffeln wurden dazu getan, Kartoffelmehl, Sonnenblumenfamenmehl und was sonst noch alles. Was wir jetzt aber als Brot essen müssen, geht über das hinaus, was dem Menschen eigentlich zugemutet werden kann. Wer das Kriegsbrot — so wird das Gemengel noch genannt — ißt und nicht über einen Straußensmagen verfügt, muß krank werden. Alles Brot verursacht bei den meisten Menschen starken Widerwillen, während Brot doch sonst ein Nahrungsmittel ist, das jedermann ohne Absehen verzehren kann. Anderer Speisen wird man wohl leid, des Brotes aber wird sonst niemand überdrüssig. Wer das Brot, das uns jetzt verabreicht wird, ist geradezu naturwidrig. Kein Wunder! Es besteht nur etwa aus einem Viertel aus reinem Mehl; drei Viertel sind Beimischungen aus Weizenmehl und aus Mehl von anderen Hülsenfrüchten! Die Regierung sollte einmal bekannt geben, aus welchen Stoffen das Brot heute hergestellt wird. Ein Sturm der Entrüstung würde durch das Land gehen. Die Verdrüßlichkeit ist allerdings groß genug, da jedermann täglich die Unbefömmlichkeit und Schädlichkeit des obenbenannt furchtbar teuren Brotes am eigenen Leibe verspürt.

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919. Die 2. Gewinnverlosung findet am 1. Juli statt. An die Gewinnverlosung schließt sich die erste Tilgungsanslösung an.

Widerkürerei. Der Evang. Oberschulrat hat an die Gemeindeverwaltungen einen Befehl gerichtet betr. Entfernung der Monarchenbilder aus den Schulräumen. Zunächst hat aber der Ortschulrat im Benehmen mit dem Lehrerrat darüber Beschlüsse zu fassen.

Die Abfindung der Kriegserwitwen. Nach dem

neuen Reichsverordnungsgegesetz, dessen Ausführungsbestimmungen demnächst erscheinen, erhalten Kriegserwitwen im Falle ihrer Wiederheiratung mit einem Deutschen an Stelle ihrer Rente eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresebetrages der zuletzt bezogenen Rente. Auch Witwen, die nicht wieder heiraten, können Anträge auf Kapitalabfindung stellen. Sie erhalten dadurch eine einmalige größere Kapitalsumme zur Errichtung selbständiger Lebensberufe. Die Kriegsverordnung fällt dadurch fort.

Die Kirchkörner. Die Obzeit bringt auch diesmal, wie alle Jahre, einen recht bemerkbaren Uebelstand: das Wegwerfen von Körnern, Schalen und sonstigen Abgängen auf die Straße, auf Treppen und Hausfluren. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Verschwendung nicht gerade von Ordnungsliebe zeugt, hat sie noch ein weiteres, sehr gewichtiges Bedenken: Uebellegen sich diese fragwürdigen Ordnungs- und Sauberkeitsmenschen dem nicht, daß sie durch ihr achtloses Wegwerfen eine große Gefahr nicht nur für ihre Mitmenschen, namentlich für alte und gebrechliche Leute, sondern auch für sich selbst heraufbeschwören? — Leider übt schon die Jugend diese äßliche Gewohnheit, hier sollten Lehrer und Erzieher durch Lehre und Beispiel, wenn nötig durch Strafe wirken. Oder ist so etwas durch die neue „Freiheit“ verboten?

Keine Belästigung der Kraftwagen. Die Belästigungen von Autofahrern nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Anführer von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wutmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem in wenig Volksmäßig geübt werden müsse. Obwohl man sich draußen wissen könnte, daß heute im Verkehr die Preisabbaus des Schiebers einigermaßen mangelhaft ge-

worden ist, daß der Kraftwagen bei uns immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsangelegenheiten benutzt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Warnung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Ungehörigkeit geboten würde.

Unfallrentenzulagen. Zur Hebung der durch die Geldentwertung herbeigeführten empfindlichen Notlage zahlreicher Unfallrentenempfänger ist am 5. Mai eine Reichsverordnung ergangen. In ihr ist der Kreis der Berechtigten gegenüber dem bisherigen Rechtszustand insofern erweitert, als alle Verletzten, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von 50 Prozent (bisher 66 2/3 Prozent) der Vollrente beziehen, die Zulage erhalten können. Auch Witwen, Witwer, Kinder, Verwandte aufsteigender Linie und erbenlose Anteile, die als solche reichsgesetzliche Renten aus Anlaß von Unfällen beziehen, werden nunmehr mit Rentenzulagen ausgestattet. Einer Antragsstellung und einer Prüfung der Bedürfnisfrage bedarf es nicht mehr. Von dem Gedanken ausgehend, daß je weiter der Unfall zeitlich zurückliegt umso größer das Mißverhältnis zwischen dem damaligen Jahresarbeitsverdienst und der heutigen Dienstlage ist, sind die Zulagen, die im übrigen nach Prozenten des Monatsbetrags der laufenden Rente abgestuft sind, nach Unfalljahrgängen verschieden bemessen. Renten aus Unfällen, die sich nach dem 31. Januar 23. Ja. berechnet haben, sind mit Zulagen nicht ausgestattet, weil ihnen die hohen Löhne der Gegenwart bereits zu Grunde liegen. Die neue Regelung hat zunächst bis 31. Dezember 1921 Gültigkeit. Ueber die Gewährung der Zulagen erteilt der Versicherungsträger von amtswegen schriftlichen Bescheid, der innerhalb eines Monats durch Einspruch beim endgültig entscheidenden Oberversicherungsamt angefochten werden kann.

Otto Siber = Linden-Kabarett gehen haben.

den vielseitigen Vortragskünstler müssen Sie als schwäbischen Rezitator, Humorist, Charakterdarsteller und Grotteskkomiker im

Erklärung!

Die Badverwaltung macht wiederholt den Versuch, die zwischen Stadt- und Badverwaltung schwebenden Streitpunkte auf das persönliche Gebiet überzuleiten. Ich werde ihr dahin nicht folgen und die Gerichte entscheiden lassen.

Es wird mir Niemand die Dummheit zutrauen, daß ich in der Sitzung des Gemeinderats die voriges Frühjahr erfolgte geringfügige Erhöhung der Kurtaxe von 4 auf 5 Mk. bzw. von 5 Mk. auf 7 Mk., die in jeder der 55 Nummern des vorjährigen Badeblattes zu finden war, wissentlich verschwiegen habe.

Auf eine weitere Erörterung in der Presse gehe ich, um Schädigungen der Badstadt zu verhüten, nicht mehr ein. Ueber die Streitfrage wird jetzt der Verwaltungsgerichtshof entscheiden.

Wildbad, 17. Juni 1920.

Stadtschultheiß Böhner.

Einmachzucker.

Am Samstag, den 19. Juni werden von 8—2 Uhr Bezugsscheine für Einmachzucker abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Das Hühnerfutter und die sonstigen Futtermittel, welche von den Bestellern noch nicht abgeholt sind, müssen morgen vormittag von 8—12 Uhr im städt. Mehllokal abgeholt werden, andernfalls solches den Bestellern auf ihre Kosten zugeführt wird.

Auch an nicht Besteller werden Futtermittel abgegeben. Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Tüchtiger

Automaten-Einsteller

der selbständig Einstellen und Werkzeuge schleifen kann, wird sofort für dauernd gesucht.

Metalwerke Wildbad, G. m. b. H.

Segeltuchsandalen

mit Ledersohlen, für Kinder.

Schwarze

Stoff-Schnürschuhe

für Frauen,

in allen Größen und schöner Auswahl.

zu billigen Preisen.

Preiswerte Lederfußwaren.

Hermann Lutz, Wildbad.

Drucksachen

für Gewerbe, Industrie und Private liefert in kurzer Zeit

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Städt. Arbeitsamt

Wildbad

im Lebensmittelamt, Fernsprechanruf 140. Für sofort und später werden gesucht:

Weiblich:

- Zimmermädchen in Hotel und Privathäuser,
- Stütze,
- Küchenmädchen,
- Berläuferin,
- jung. Mädchen (15 Jahre),
- Büffelfräulein,
- Köchin,
- Beistütze,
- Gaaltöchter,

Stellen suchen:

männlich:

Bäder,

Koch,

Masseur,

weiblich:

Kinderfrauen.

Für Anfangs Juli wird von einem Herrn ein

Privat-

Zimmer

auf 4 Wochen gesucht.

Offerten nebst Preisangabe unter J. 100 nimmt die Exp. ds. Blattes entgegen.

Eine gutehaltene

Schuhmacher-

Stappmaschine

hat zu verkaufen

Dürr, Cigarettenfabrik.

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der

Direction der Disconto-Gesellschaft

Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.

5% Deutsch.Reichsanleihe	79.74
4% dergl.	74.—
5% L. Deutsche Schatzanzw.	100.—
4 1/2% dergl. p. I. 4. 1924	91.75
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919	90.50
4% Preuss. Konsols	73.40
5 1/2% dergl.	61.40
3% dergl.	58.60
4% Bad. Staats-Anleihe	86.—
5 1/2% dergl.	79.—
4% Württ. Staats-Anleihe	87.75
5 1/2% dergl. v. 1875	83.—
5 1/2% dergl. v. 1879/80	79.—
1885/90	75.—
5 1/2% dergl. v. 1908 u. ff.	73.—
3% dergl.	74.50

Städte-Obligat.

4% Baden-Baden	—
5 1/2% dergl.	—
4% Darmstadt	—
5 1/2% dergl.	—
4% Esslingen	96.—
4% Frankfurt a. M.	118.—
5 1/2% dergl.	—
4% Freiburg i. Br.	98.75
5 1/2% dergl.	87.—
4% Karlsruhe i. Bad.	—
5 1/2% dergl.	82.—
4% München	—
4% Pforzheim	98.50
5 1/2% dergl.	—
4% Stuttgart	100.—
5 1/2% dergl.	88.—
4% Ulm a. D.	—
5 1/2% dergl.	—

Pfandbriefe.

5% Württ. Hypothekenbk.	102.75
4 1/2% dergl. - verlosbar	98.—
5 1/2% dergl. per 1912/15	90.50
5% Württ. Kreditverein	105.—
5 1/2% dergl. - ganzjährig	98.50
5 1/2% dergl. - halbjährig	91.—

Industrie-Obligationen.

4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	104.50
4% Frankf. Hypothekenbk.	102.50
3 1/2% dergl.	91.40
4% Frkf. Hypoth.-Cred. v.	100.40
3 1/2% dergl.	88.50
4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf.	117.75
5% Chem. Fabr. Griesheim	—
4 1/2% Allg. Elektr.-Ges.	109.50
5% D. Uebersee-El.-Ges.	—
4% Maschienenf. Essling	101.50
4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl.	104.—

Aktien.

Darmstädter Bank	155.—
Deutsche Bank	280.—
Disco.-Kommandit Anteil	307.25
Dresdener Bank.	179.25
Bochumer Bergb.-Gussst.	262.—
Deutsch-Luxemb.-Bergw.	279.—
Gelsenkirchener Bergwerk	299.75
Gelsenkirchener Gussstahl	495.—
Harpener Bergbau	283.—
Mannesmann	354.—
Phoenix Bergbau	405.—
Allg. Elektr.-Ges.	275.25
Bad. Anilin- u. Sodafabr.	449.—
Chem. Fabr. Griesheim	297.—
Daimler Werke	214.—
Maschinenfabrik Esslingen	210.—
Gehr. Junghaus	232.—
Magirus	199.—
Sigmens u. Halske	292.50
Hamburg-Amerika Psk.	183.50
Nordd. Lloyd	180.—

Devisen.

Amerika	38.50
England	153.50
Frankreich	308.—
Holland	1395.—
Schwais	709.—

F. G. O.

Ausflug

Höfen Oehsen.

Sonntag, 20. Juni.

Suche für 3—4 Angestellte Privat-Mittag u. Abendtisch. Adressen an die Exped. ds. Blattes.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Freitag, 18. Juni

Frühlingsluft

Operette in 3 Akten.

Samstag, 19. Juni

Die verlorene Tochter.

Lustspiel in 3 Akten

von L. Falda.

Linden-Kabarett

Dir. E. Zengler.

Eingang durch den Garten.

Täglich 8 1/2 Uhr

Das grosse Juni-Programm

Gastspiel

des brillanten Stuttgarter

Humoristen u. Typendarsteller

Otto Siber

mit Partnerin

Cläre Perlen

Stimmungssoubrette.

? Difa ?

Dazu die

Erstkl. Stimmungskapelle

Seidel-Grossmann aus Frankfurt

Vorverk.: Cigarettenhdlg. Lokatal

